



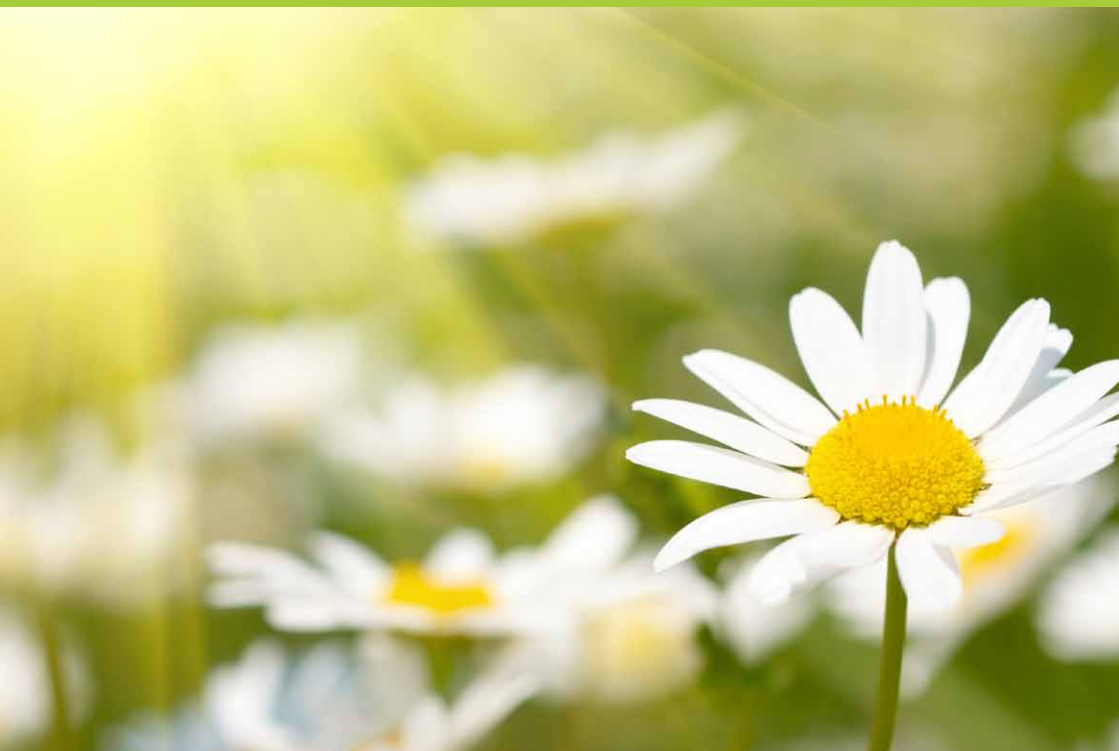
**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



KATJA KEUL

INFOPOST

MÄRZ 2012



THEMEN

AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR * PIRATERIE AM
HORN VON AFRIKA * TRANSPARENZ BEI RÜSTUNGSEX-
PORTEN * BUNDESWEHR * MEINE REGION



INHALT Seite 02 BEGRÜSSUNG Seite 05 AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR Seite 05 PIRATERIE AM HORN VON AFRIKA Seite 06 TRANSPARENZ BEI RÜSTUNGSEXPORTEN Seite 07 BUNDESWEHR Seite 08 MEINE REGION



Liebe Bürgerinnen und Bürger, lieben Freundinnen und Freunde,

seit der letzten Infopost im September haben sich die Ereignisse mal wieder überschlagen. Entschleunigung ist in der Politik einfach nicht durchsetzbar. Gerade haben wir zum zweiten Mal ein Rettungspaket für Griechenland verabschiedet und in Kürze darf ich bereits zum zweiten Mal in meinem kurzen Abgeordnetendasein einen neuen Bundespräsidenten wählen.

Die Finanz- und Währungskrise dominiert fast alle innen- und außenpolitischen Debatten und nimmt viel Zeit meiner Arbeit in Anspruch. Bereits vor



der Abstimmung hatte ich Ihnen/Euch in einem Rundbrief begründet, warum ich den Schuldenschnitt für Griechenland für unverzichtbar halte und dem Paket daher am letzten Montag zugestimmt habe.

Der Rücktritt von Christian Wulff erfolgte zum letztmöglichen Zeitpunkt und hatte daher wenig von einem würdigen Abgang. Zumal er, ähnlich wie damals zu Guttenberg, bis heute keinerlei Unrechtsbewusstsein hat und auch in seiner Rücktrittserklärung noch mal betonte, dass nichts an den Vorwürfen dran sei. Dabei halte ich es für einen unerträglichen Affront für alle redlichen Beamten, die nicht einmal eine Flasche Wein als Dankeschön annehmen dürfen, wenn das Staatsoberhaupt sich jedes Jahr von einem anderen Unternehmer den Sommerurlaub finanzieren lässt. Die viel gescholtenen Medien möchte ich an dieser Stelle einmal in Schutz nehmen. Auch wenn ich selbst zunächst vieles für übertrieben gehalten hatte, muss ich doch eingestehen, dass es ohne die hartnäckigen Recherchen der Journalisten nicht zu diesem wichtigen und richtigen Amtsverzicht gekommen wäre.

Der koalitionsinterne Krimi am Sonntag nach dem Rücktritt, hätte uns dann mitten in der Krise fast noch Neuwahlen beschert. Ich freue mich, dass nun auch die Koalition den Kandidaten unterstützt, den wir zusammen mit der SPD bereits 2010 vorgeschlagen hatten.

Keine Frage: ich hätte mir gut endlich einmal eine Bundespräsidentin vorstellen können und Joachin Gauck vertritt auch nicht immer grüne Positionen. Ich finde es aber nach wie vor richtig, dass wir einen mehrheitsfähigen Kandidaten vorgeschlagen und letztlich sogar durchgesetzt haben. Ich glaube, dass Gauck ein persönlich integrier Mensch ist, mit dem man sich streiten und an dem man sich reiben kann, und diese Reibung kann der politischen Kultur nur gut tun. Man kann es drehen wie man will: ohne Grüne hätte es nie einen Präsidenten Gauck gegeben und das können wir durchaus als Erfolg verbuchen.

Was uns im letzten halben Jahr alle erschüttert hat, war die eher zufällige Entdeckung der rassistischen Mordserie, die trotz Ermittlungen von Polizei und Verfassungsschutz auf Landes- und Bundesebene und dem Einsatz diverser V-Leute über 10 Jahre unentdeckt blieb.

Ohne den unermüdlichen Einsatz der grünen Fraktionsspitzen hätte es nicht einmal einen parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegeben. Union und SPD wollten lediglich eine Bund-Länder-Kommission einsetzen. Das aber wäre ein exekutives Gremium gewesen, das die Exekutive, also quasi sich selbst, kontrollieren und überprüfen soll. In Anbetracht des kläglichen Versagens der Sicherheitsbehörden, ist das nicht ausreichend! Ich bin daher sehr erleichtert, dass inzwischen auch die anderen Fraktionen einem Untersuchungsausschuss zugestimmt haben und nunmehr das Parlament mit al-

len seinen gesetzlichen Befugnissen und Möglichkeiten für Aufklärung sorgen kann.

In der Außenpolitik hält uns das Entsetzen über die Zustände in Syrien in Atem. Im UN Sicherheitsrat ist es nicht mal mehr möglich, eine scharfe Verurteilung des Regimes zu beschließen, nachdem der positive Bezug auf die internationale Schutzverantwortung in der Libyen Resolution 1973 dazu missbraucht wurde, den Sturz Gaddafis mit Gewalt herbei zu führen und dabei mehr als 30.000 Tote in Kauf zu nehmen. In Libyen selbst ist die Situation weit davon entfernt als Frieden bezeichnet werden zu können. Die Milizen sind nicht bereit ihre Waffen abzugeben und sich in die Armee einzugliedern. Stattdessen flammen an verschiedenen Stellen die bewaffneten Auseinandersetzungen immer wieder auf.

Das Thema Waffenhandel und Rüstungskontrolle hat uns neben der europapolitischen Debatte auch auf dem Bundesparteitag im November beschäftigt. Wie ich an der Umsetzung des **Beschlusses der BDK** weiter gearbeitet habe – dazu mehr auf den folgenden Seiten.



Ebenfalls im November, haben wir auf einem Landesparteitag in Verden wegweisende Beschlüsse u. a. zu Biogas, Fracking und Massentierhaltung auf den Weg gebracht.

Dazu hat es vor Ort in den Kreisverbänden viele Veranstaltungen gegeben. Die Bürgerproteste nehmen niedersachsenweit zu und werden im anstehenden Landtagswahlkampf eine große Bedeutung haben.

Um die Vernetzung von Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene weiter zu verbessern, hatte ich mich entschieden in Verden für den Landesparteirat zu kandidieren.

Jetzt bin ich die dritte Bundestagsabgeordnete in dem 15 köpfigen Gremium und freue mich auf die Zusammenarbeit und die strategischen Debatten im Rahmen von Landtags- und Bundestagswahlen in den nächsten 2 Jahren. Es gibt gute Gründe optimistisch zu sein – einfach wird es allerdings nicht. Wir werden uns daher nicht zurücklehnen, sondern Vollgas geben!

Mit grünen Grüßen





AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR

Seit der letzten Infopost haben wir im Deutschen Bundestag neben der Atalanta-Mission am Horn von Afrika über vier weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden.

Im September 2011 hat die grüne Fraktion einstimmig der Beteiligung der Bundeswehr an der Friedensmission im Südsudan zugestimmt, die dazu beitragen soll, den jungen, erst im letzten Jahr gegründeten Staat zu stabilisieren.

Auch der Fortsetzung des stark reduzierten Bundeswehreinsatzes in Bosnien-Herzegowina, wo nun nur noch fünf Offiziere beratend tätig sind, haben wir mit großer Mehrheit zugestimmt. Diese EU-Mission trägt dazu bei, ein Gegengewicht zu den separatistischen Bestrebungen von Teilen der serbischen und kroatischen Minderheiten zu bilden und den Aufbau handlungsfähiger zentralstaatlicher Strukturen zu unterstützen. <http://gruenlink.de/716>

Anders sieht es bei OAE (Operation Active Endeavour) aus. Zum wiederholten Male haben wir dieses Mandat abgelehnt, weil wir es für völkerrechtlich nicht legitimiert halten. OAE stützt sich auch 10 Jahre nach den Anschlägen von 9/11 auf das Selbstverteidigungsrecht der USA. Zu dieser äußerst fragwürdigen Begründung sehen wir auch nicht, warum diese Seeraumüberwachung im Mittelmeer mit der Befugnis zu Kampfeinsätzen ausgestattet werden muss. <http://gruenlink.de/717>

Ende Januar 2012 hat der Bundestag mit großer Mehrheit die Verlängerung des Afghanistan-Mandats ISAF (International Security Assistance Force) beschlossen. Mit der Mehrheit der Grünen Fraktion habe auch ich mich hierbei enthalten. Der Plan des Abzugs bis 2014 der Bundesregierung ist begrüßenswert, allerdings ist die Abzugsplanung mehr als mangelhaft. Wir haben deshalb einen eigenen Antrag vorgelegt.


<http://gruenlink.de/718>

PIRATERIE AM HORN VON AFRIKA

Am 1. Dezember hat der Deutsche Bundestag beschlossen, dass weiterhin deutsche Soldatinnen und Soldaten an der Atalanta-Operation der Europäischen Union teilnehmen werden. Ich habe diesem Mandat zugestimmt, da ich es richtig finde, dass so die Nothilfe des World Food Programme für Somalia



sicher ihr Ziel erreichen kann und dass sich die Internationale Gemeinschaft weiterhin für den freien Zugang zu Hoher See einsetzt. Die grüne Bundestagsfraktion hat ihre Position zu diesem Einsatz in einem **Entschliessungsantrag zur Abstimmung** gestellt.



Ich finde es besorgniserregend, dass seit dem Jahreswechsel eine verstärkte Diskussion um die Ausweitung der Atalanta-Operation auf Piratencamps an Land eingesetzt hat. Die Europäische Union bereitet zur Zeit eine zivile Mission vor, um die Länder am Horn von Afrika und einzelne, stabile somalische Regionen in ihren Fähigkeiten zu stärken, die eigene Küste auch vor Piraten zu schützen. Militärische Angriffe der EU auf die somalische Küste, könnten diesem positiven Ansatz jede Glaubwürdigkeit nehmen und zu einer weiteren Destabilisierung der Region beitragen. Unsere Vorschläge haben wir in dem Positionspapier „**Piraterie vor Somalia umfassend bekämpfen**“ vorgestellt.

Immer mehr Handelsschiffe nehmen private, bewaffnete Wachleute an Bord, um sich vor Piratenangriffen zu schützen. Ich habe daher einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir klarstellen, dass es für die Gründung einer Sicherheitsfirma nicht ausreichen kann, an einer bloßen Unterrichtung der Industrie- und Handelskammer teilzunehmen. Hier muss der Gesetzgeber strengere Bestimmungen erlassen. Auch darf die Bundesregierung nicht dabei stehen bleiben, nur den Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen auf deutschen Handelsschiffen zu zertifizieren, wie es ihre derzeitigen Pläne vorsehen. Strengere Regelungen müssen für das gesamte Sicherheitsgewerbe gelten. Außerdem lehnen wir militärische Dienstleistungen durch private Sicherheitsfirmen kategorisch ab. Dies ist eine Aufgabe des Staates und darf nicht Privaten überlassen werden. Sonst erodiert das Gewaltmonopol des Staates. Auch lässt die Bundesregierung keinerlei Initiative erkennen, das Problem der privaten Sicherheitsfirmen auf internationaler Ebene zu thematisieren, wie es unser **Antrag** fordert.



TRANSPARENZ BEI RÜSTUNGSEXPORTEN

Seit unserem grünen Fachgespräch zur parlamentarischen Kontrolle bei Rüstungsexporten, habe ich weiter daran gearbeitet unsere Forderungen zu konkretisieren und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Transparenz der Entscheidungen ist hierbei grundlegend. Solange geheim hinter verschlossenen Türen entschieden wird, besteht die Gefahr, dass die Menschenrechtslage im Empfängerland nicht das Gewicht hat, dass sie eigentlich haben müsste. Die Transparenz und parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten im Rüstungs-

exportbereich haben sich in vielen europäischen Staaten im vergangenen Jahrzehnt vielfach verbessert. Nur in Deutschland herrscht Stillstand. Hier hat sich seit der Einführung des Rüstungsexportberichts und der Rüstungsexportrichtlinien unter Rotgrün nicht viel getan. Ganz im Gegenteil, der Wortlaut der Richtlinie wird immer wieder durch gegenteilige Entscheidungen ad absurdum geführt. Deshalb wollen wir ein Rüstungsexportgesetz auf den Weg bringen. Hierzu hat die Bundestagsfraktion auf meine Initiative hin [ein Positionspapier](#) für ein Rüstungsexportgesetz beschlossen.

Wir wollen Mitwirkungsrechte für den Bundestag schaffen, die Kriterien für die Rüstungsexportentscheidung gesetzlich verankern und die Berichtspflichten verbindlich regeln, damit Exportentscheidungen häufiger und zeitnaher offengelegt werden. Außerdem wollen wir die Einführung von Verbandsklagen prüfen.

Im nächsten Schritt wird es darum gehen, bei den anderen Fraktionen, insbesondere der SPD, als potentieller Koalitionspartner, für dieses Vorhaben zu werben.



BUNDESWEHR

Seit 2001 sind Frauen in allen Bereichen der Bundeswehr zugelassen. Aufgrund dieses Jubiläums habe ich einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Nach dem Soldatengleichstellungsgesetz, sollte der Anteil von Frauen in den Streitkräften derzeit bei 15% liegen, gerade einmal 9 Prozent sind bislang erreicht. Nicht nur aufgrund der schlechten Zahlen ist noch viel zu tun, um eine wirkliche Gleichstellung von Frauen in den Streitkräften zu erreichen. Den Antrag finden Sie [hier](#), meine Bundestagsrede hierzu finden Sie [unter diesem Link](#).

Da es immer wieder Berichte über Bundeswehrangehörige im Zusammenhang mit rechtsextremen Strukturen und Gedankengut gibt, habe ich eine Kleine Anfrage zum Umgang der Bundeswehr mit Rechtsextremismus an die Bundesregierung gerichtet. Aus der Antwort der Bundesregierung geht erfreulicherweise hervor, dass rechtsextreme Vorfälle in der Bundeswehr zurückgehen. Allerdings werden auch eklatante Missstände offenbar. So hat die Bundeswehr einem aktiven NPD-Funktionär aus Stuttgart eine Dankesurkunde überreicht und sieht darin kein Fehlverhalten der Dienststelle. Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Umgang der Bundeswehr mit Rechtsextremismus“ finden Sie [hier](#).

MEINE REGION



RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremes und neonazistisches Gedankengut hat uns zuletzt nicht nur im Deutschen Bundestag beschäftigt. Auch vor Ort in meinem Wahlkreis wehren sich Bürger gegen Neonazis, die offensiv versuchen Jugendliche für ihr faschistisches Gedankengut zu ködern.

Auf einer Demonstration in Bückeburg habe ich die Bürgerinnen und Bürger bei Ihrem Engagement gegen rechte Gewalt unterstützt. In einem Gespräch mit jugendlichen Opfern rechter Gewalt habe ich mich über die Situation vor Ort informiert und auch das Gespräch mit der örtlichen Polizei gesucht.



Bei meiner Rede am 21. Januar vor dem Bückeburger Rathaus



Lesen Sie hier den [Pressebericht](#) über mein Gespräch mit Jugendlichen und [meine Presseerklärung](#) über den Besuch im Polizeikommissariat Bückeburg.

Außerdem bin ich kürzlich Mitglied des Vereins Bad Nenndorf ist bunt“ geworden, der den Widerstand der dortigen Bürgerinnen und Bürger gegen die alljährlich im August stattfindenden Aufmärsche der Nazis vor dem Winklerbad fördert.



FRACKING

In den Haushaltsberatungen im Bundestag, haben wir im Februar die Bundesregierung dafür angegriffen, dass sie die Energiewende gefährdet. Gerade in meiner Region in Niedersachsen erlebe ich, dass weiterhin stark auf fossile Energieträger gesetzt wird. Bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas stellen die Energiekonzerne ihre Gewinninteressen über den Schutz unserer Lebensgrundlagen. Mit dem Fracking-Verfahren fördern sie in tiefen Gesteinsschichten gebundenes Erdgas. Dabei wird auch ein Cocktail aus Chemikalien verwendet, der mit Wasser in die Erde gepresst wird.



Von links: Reinhard Niemeyer, Geschäftsführer des Wasserverbandes Garbsen-Neustadt, Katja Keul, Verbandsvorsteher Frank Hahn

Der Exxon-Konzern hat bereits eine Genehmigung für die Probebohrungen „Nöpke II“ am Rande eines Wasserschutzgebietes erhalten. Wintershall beabsichtigt bei Barnstorf im Landkreis Diepholz zu bohren und auch in Leese sind trotz massiver Bürgerproteste Bohrungen geplant. Niedersachsen ist bundesweit von der Förderung des „unkonventionellen“ Erdgases am stärksten betroffen.

Bei einem Besuch des Wasserverbandes Garbsen-Neustadt, konnte ich mir ein Bild davon machen, wie groß die Befürchtungen der Trinkwasserversorger und der Bevölkerung sind.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, setzen wir Grüne uns für verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfungen vor der Genehmigung sämtlicher Bohrungen wie eine grundlegende Reform des Bergrechts ein.

Die vorige Bundesdelegiertenkonferenz und auch die Landesdelegiertenkonferenz meiner Partei haben entsprechende Beschlüsse gefasst:

Lesen Sie [hier](#) den Beschluss unserer Bundesdelegiertenkonferenz.



KRANKENHAUS BETHEL

Begleitet von zwei grünen Stadtratsmitgliedern, sprach ich Anfang Februar mit Beschäftigten des Krankenhauses Bethel über das besondere Arbeitsrecht im kirchlichen Bereich. Während die kirchlichen Einrichtungen die Kostensenkungs-Strategien der weltlichen Träger nachahmen, wird ihren ArbeitnehmerInnen das Recht vorenthalten, ihren Forderungen notfalls mit Streiks Nachdruck zu verleihen. Die Belegschaft des Krankenhauses kämpft derzeit um einen Tarifvertrag und gleiche Rechte.



MASSENTIERHALTUNG

Gegen die industrielle Massentierhaltung regt sich gerade in Niedersachsen ein immer breiter werdender Protest.

Gemeinsam mit meinem Fraktionskollegen Sven Christian Kindler und unserem Agrarexperten im Niedersächsischen Landtag, Christan Meyer, führte ich Ende Januar eine Informationsveranstaltung in Steimbke im östlichen Teil des Landkreises Nienburg durch. Wir diskutierten dort über die Genehmigung für zwei Hühnerställe in Rodewald, in denen jeweils 38.000 Tiere gehalten werden sollen. Da zudem in Wietzen die Erweiterung und in Wietze der Neubau eines Schlachthofes geplant ist, ist damit zu rechnen, dass noch mehr Mastbetriebe in der Umgebung errichtet werden, damit die Kapazitäten auch ausgelastet werden können. Über 200 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. Die örtliche Bürgerinitiative „Contra Tierfabriken Rodewald“ erhält einen starken Zuspruch der Bevölkerung. Die Befürchtungen vieler vor einer



Verbreitung multiresistenter Keime durch den Einsatz von Antibiotika in den Tierfabriken, hatte bei einer weiteren Veranstaltung ein teilnehmender Arzt auf den Punkt gebracht: „Wir müssen uns entscheiden, wofür wir die uns zur Verfügung stehenden Antibiotika einsetzen: Für die Behandlung von Patienten, wenn deren Abwehrkräfte nicht ausreichen oder für billiges Hähnchenfleisch. Beides geht nicht!“



Bei meiner einleitenden Rede zum Beginn der Veranstaltung

Unter dem Titel „Billigschnitzel kommen teuer“ hat meine Fraktion einige Argumente gegen die industrielle Massentierhaltung zusammengestellt. [Hier können Sie sie nachlesen.](#)



Einig für eine grüne Agrarwende: Jörg Brüning, grüner Kreistagsabgeordneter aus Linsburg, Samtgemeinderatsmitglied Fritz Beermann aus Stöckse, Bundestagsabgeordnete Katja Keul, Landtagsabgeordneter Christian Meyer, Bundestagsabgeordneter Sven Christian Kindler, Eckehard Niemann von der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (ABL), Herwig zum Berge, Vertreter der Bürgerinitiative Contra Tierfabriken Rodewald.

BERLINFahrTEN

Auch in diesem Jahr lade ich politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus meiner Region nach Berlin ein.

Die drei Fahrten finden vom 28. bis 30.3., vom 25. bis 27.6. und vom 8. bis 10.10. statt.

Anmeldungen sind auf meiner Homepage www.katja-keul.de unter der Rubrik „Berlinfohrt“ online möglich. Die MitarbeiterInnen in meinem Wahlkreis- und Regionalbüro stehen Ihnen unter 05021/9229255 jederzeit für Auskünfte zur Verfügung.



Martin Guse füllt Erde aus Liebenau in das Kunstwerk „DER BEVÖLKERUNG“ im Bundestag

50 Mitglieder, Freunde und Förderer des Vereins „Dokumentationsstelle Pulverfabrik Liebenau e.V.“ besuchten auf meine Einladung hin im Herbst vergangenen Jahres Berlin. In den Bundestag hatten sie Erde vom Standort des „Arbeitserziehungslagers“ Liebenau mitgebracht, das 1940 von der Gestapo in unmittelbarer Nähe der heutigen Hauptschule errichtet wurde. In das Kunstwerk „DER BEVÖLKERUNG“ bringen regelmäßig BesucherInnen Erde aus allen Regionen Deutschlands ein.

www.katja-keul.de

BERLIN

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591
Katja.Keul@bundestag.de

NIENBURG

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdB
Wallstraße 2a, 31582 Nienburg
T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56
Katja.Keul@wk.bundestag.de